



**Protest gegen Gesundheitspolitik:** Klinik-Beschäftigte aus ganz Deutschland demonstrieren vor der Siegessäule. Foto: dpa

# 130 000 für Rettung der Krankenhäuser

## Großdemonstration in Berlin – „Ausdruck dramatischer Krise“

jd/dpa **BERLIN.** Mit einem beispiellosen Protestzug haben rund 130 000 Klinik-Beschäftigte in Berlin für die Rettung der deutschen Krankenhäuser demonstriert.

Das Bündnis aus Ärzteverbänden, Kliniken, Gewerkschaften, kommunalen und kirchlichen Arbeitgebern forderte von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) deutliche Nachbesserungen am geplanten Reformpaket. Das „Aktionsbündnis Rettung der Krankenhäuser“ warnte vor dem Kollaps vieler Häuser und wachsenden Gefahren für die Patienten.

Der Interessenverband kommunaler Krankenhäuser

### Gespräch mit unserer Zeitung

(IVKK) sieht in der Großdemonstration von Klinikbeschäftigten in Berlin den Ausdruck einer „dramatischen Krise“. In einem Gespräch mit unserer Zeitung nannte der Verbandsvorsitzende Hansjörg Hermes das Finanzierungspaket der Bundesregierung für die Krankenhäuser ein „Strohfeuer“. Der Zweck des am Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurfes bestehe „allein in der Abwendung einer kurzfristigen Eskalation“. Die Kranken-

häuser bräuchten demgegenüber aber dringend „eine tragfähige konzeptionelle Lösung, die Antworten auf die erdrückenden und gesundheitspolitisch hausgemachten Probleme gibt, die den Krankenhausesektor auch nach dieser Notoperation belasten“.

Hermes warnte die Kommunen davor, angesichts der wirtschaftlichen Nöte Krankenhäuser an private Betreiber zu verkaufen. „Kein Patient und kein Steuerzahler möchte sein Krankenhaus in die Hände hemmungsloser Hedgefondsmänner geben“, betonte er.



# Demonstranten: Mehr Geld für Kliniken

## Krankenhaus-Beschäftigte aus ganz Deutschland fürchten Insolvenz und Arbeitsplatzverlust

Reuters/jd **BERLIN.** Mit der größten Gesundheitsdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik haben gestern Zehntausende Ärzte und Pfleger ihrem Unmut über die finanzielle Notlage der Krankenhäuser Luft gemacht.

Die Berliner Polizei sprach von 130 000 Teilnehmern, die mit Bussen und Sonderzügen in die Hauptstadt gereist waren. In vielen Kliniken wurde lediglich ein Notbetrieb aufrechterhalten. In Sprechhöfen („Der Deckel muss weg“) und auf Transparenten forderten die Demonstranten die Abschaffung des Ausgabendeckels für die Kliniken und stärkere Hilfen vom Staat.

Der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Rudolf Kösters, sagte, bis Ende 2009 fehlten den 2100 Häusern 6,7 Milliarden Euro. Mehr als ein Drittel sei

### KOMMENTAR

## Auf der Intensivstation

Von Christof Haverkamp

**E**rheblich mehr Klinik-Mitarbeiter sind gestern auf die Straße gegangen als zunächst angekündigt. Ihr Protest lässt sich verstehen angesichts des zunehmenden Spardrucks, der chronischen Unterfinanzierung und der Entlassungen von Zehntausenden Schwestern und Pflegern in den vergangenen Jahren.

von Insolvenz bedroht. Das von der Regierung geplante Hilfspaket von drei Milliarden Euro reiche nicht aus und sei eine Mogelpackung. Zehntausende Arbeitsplätze seien gefährdet. Redner verlangten eine volle Refinanzierung der Tarifsteigerun-

Die Beruhigungspillen, die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt vorgestern verabreicht hat, wirken da nicht. Denn 3,3 Milliarden Euro mehr für die Kliniken sind zwar mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Zur Gesundung aber reichen sie nicht aus.

Schwestern, Ärzte, Verwaltungsangestellte regieren auch deshalb so gereizt, weil sie ausbaden müssen,

gen und der steigenden Energie- und Sachkosten.

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) schloss eine Aufstockung der Nothilfe, die noch von Bundestag und Bundesrat gebilligt werden muss, aus. Ihren Angaben zufolge führt das Notpa-

was politisch gewollt ist: eine Mangelverwaltung, die zum drohenden Ende etlicher Krankenhäuser führt, die sich schon jetzt quasi auf der Intensivstation quälen und im harten Wettbewerb untergehen werden. Mit der Folge, dass der Krankenwagen bald noch weiter bis zur nächsten Notaufnahme fahren muss. Zumindest auf dem Land ist das schmerzlich.

ket bereits zu einer Mehrbelastung für die Versicherten von 0,3 Beitragssatzpunkten. Entgegen der „Polemik einiger Funktionäre“ werde das geplante Gesetz die wirtschaftliche Lage der Kliniken dauerhaft verbessern.

In mehreren Sternmär-

Wer allerdings deutlich höhere Ausgaben für die Krankenhäuser fordert, darf ehrlicherweise eines nicht verschweigen: Dafür müssen die Beiträge zur Krankenversicherung erheblich steigen. Das wiederum bedeutet für alle Versicherten noch höhere Sozialausgaben oder kurz gesagt: weniger Netto vom Brutto.

c.haverkamp@neue-oz.de

schen zogen die Demonstranten mit Trillerpfeifen und Rasseln vorbei an Kanzleramt und Bundestag zum Brandenburger Tor. „Politik spart die Kliniken krank“ stand auf einem Großbanner. Viele Demonstranten trugen T-Shirts mit der Auf-

schrift „Gute Leute, gute Arbeit“, andere hatten sich weiße Kittel oder OP-Kleidung übergezogen. Die Straße des 17. Juni verwandelten sie in ein buntes Meer von Fahnen der verschiedenen Berufsverbände.

Leidtragende der Entwicklung bei der Krankenhausfinanzierung seien Mitarbeiter und Patienten, kritisierte Hansjörg Hermes, Vorsitzender des Interessenverbandes kommunaler Krankenhäuser (IVKK), im Gespräch mit unserer Zeitung. Beiden sei mit der Neuregelung nicht geholfen, „zumal der Finanzierungsumfang weit geringer ausfalle als die genannten drei Milliarden Euro“. Die Hälfte dieser Summe sei „nicht gegenfinanziert“, betonte der IVKK-Chef. Es sei zwar richtig, zusätzliche Arbeitsplätze für Pflegekräfte zu schaffen. „Zynisch“ sei es jedoch, diese nur zu 70 Prozent zu finanzieren.